

SPD lehnt städtische Beteiligung an Asbesthaldensanierung ab

Die SPD-Fraktion kann sich eine finanzielle Beteiligung der Stadt Wunstorf an der Verlagerung der Asbesthalde auf dem ehemaligen Fulguritgelände nicht vorstellen. „Wir sind erstaunt über den Druck, der da plötzlich aufgebaut wird“, erläutert Fraktionsvorsitzende Kirsten Riedel. Nach den bisherigen Aussagen der Region Hannover sei eine Gefährdung durch die Halde nicht gegeben. „Ein neuer Sachstand ist uns nicht bekannt“. Das Thema sei mehrfach in verschiedenen Ausschüssen erörtert worden, jedes Mal mit dem einmütigen Ergebnis, dass eine finanzielle Beteiligung an der Sanierung der privaten Fläche nicht in Frage käme. „Wir haben genug öffentliche Aufgaben, die finanziert werden müssen“, sagt Riedel. „Bei diesem Projekt ist ein öffentliches Interesse nicht gegeben“. Sie sieht keinen finanziellen Spielraum im Haushalt der Stadt. „Wir werden in den nächsten Jahren unsere Schulen und Sportstätten ausbauen und sanieren und die Kinderbetreuungssituation in Wunstorf verbessern“. Dies erfordere erhebliche Finanzmittel. Die SPD bezweifelt zudem, dass es sinnvoll sei, Asbestabfall von einer Deponie auf eine andere Deponie zu verlagern. Sie befürchtet, dass durch ein Abtragen der Halde erst eine Gefährdung entstehen könnte. Auch das Argument, dass die EU sich möglicherweise finanziell an der Sanierung der Fläche beteiligen würde, lässt die SPD nicht gelten. „Auch EU-Mittel sind Steuergelder“. Es könne nicht sein, dass die öffentliche Hand ein privates Gewerbegrundstück saniert und der Wertzuwachs, der dadurch entsteht, allein dem Unternehmen zugute kommt. „Der einzige Grund für ein Abtragen der Halde wäre eine Gefährdung der Wunstorfer Bürger“, sagt Riedel. Diese Gefährdung sei aber bisher immer verneint worden. „Wir erwarten konkrete Auskünfte der Region Hannover über den Anlass, nun doch 5 Millionen Euro für die Haldensanierung auszugeben“.